

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005 und 1707 (2006) vom 12. September 2006 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

4974

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 51. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 21. September 2006

Dr. Rainer Stinner

- (A) Herr Minister Jung ein wirkliches Team sind, die an einem gemeinsamen Projekt arbeiten. Das ist der Eindruck der Öffentlichkeit.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Die kommen beide aus Südhessen! – Carl-  
Ludwig Thiele [FDP]: Ist das wahr?)

Wir sind ein Land und Sie stellen gemeinsam die Bundesregierung. Wir erwarten, dass Sie das deutlicher zum Ausdruck bringen. Warum machen Sie nicht einmal gemeinsam eine Reise nach Afghanistan? Warum stellen Sie sich nicht gemeinsam in Afghanistan vor und sagen: Wir haben ein gemeinsames Projekt, an dem wir, die wir aus verschiedenen politischen Richtungen kommen, zusammenarbeiten müssen.

(Unruhe)

– Dieses Dreamteam scheint euch wirklich zu beeindruckten.

(Heiterkeit im ganzen Hause – Jürgen Trittin  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Soll man gemein sein, Herr Stinner?)

Wir brauchen nicht nur gemeinsame militärische Einsatzregeln, die Rules of Engagement, wir brauchen auch – so formuliere ich das einmal – Rules of Behavior. Wir müssen dafür sorgen, dass die Soldaten der ISAF der afghanischen Bevölkerung mit Respekt gegenüber treten. Nur so können wir die Herzen und Unterstützung gewinnen. Auch darüber müssen wir mit unseren Kollegen in den anderen Ländern sprechen.

- (B) (Beifall bei der FDP)

Wir müssen – das ist mein letzter Punkt – einen Zielstatus für dieses Land definieren. Für mich ist politisch völlig indiskutabel, dass die Bundeswehr in 20 Jahren noch immer in Afghanistan sein soll. Wir müssen den angestrebten Zustand definieren. Dabei möchte ich uns alle um Realitätsnähe bitten. Wir werden aus Afghanistan nicht die Schweiz machen können. Das wollen wir auch gar nicht. Außerdem ist die Frage, ob jeder unserer Standards unmittelbar übertragbar ist. Wir sollten diesbezüglich sehr realitätsnah sein.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Nur wenn wir und unsere Partner der ISAF an diesen politischen Aufgaben hart arbeiten und sie einer Lösung näher bringen, macht ein militärischer Einsatz überhaupt Sinn. Das ist die Voraussetzung. Wir müssen auch den Soldaten klar machen, dass wir an einem politischen Prozess arbeiten, um ihnen zu zeigen, dass wir ihre schwere Arbeit schätzen und dass wir sie unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Aufgaben energisch anzupacken. Dabei haben Sie unsere volle Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung.

- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) (C)

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung bittet den Deutschen Bundestag um Zustimmung zur Verlängerung des ISAF-Mandats für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Wir diskutieren über die teilweise schwierige Lage in Afghanistan. Ich komme gleich darauf zurück. Ich denke, man darf dabei nicht verkennen, was dort innerhalb der letzten fünf Jahre, seit dem Sturz des Taliban-Regimes, geleistet worden ist. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden. Es gibt eine Verfassung, es gab Präsidentschaftswahlen und vor fast einem Jahr fanden die Parlamentswahlen statt. Wenn heute Parlamentarierinnen aus Afghanistan unter uns sind, zeigt das aus meiner Sicht, dass sich der demokratische Prozess positiv entwickelt hat. Das finde ich sehr gut.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP  
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Petersbergprozess wurde mit den Wahlen abgeschlossen. Anfang dieses Jahres fand die Londonkonferenz statt, auf der im Hinblick auf Stabilisierung und Wiederaufbau eine Konzeption für die nächsten fünf Jahre entwickelt worden ist. Ich glaube, ein ganz entscheidender Punkt ist, dass im Hinblick auf Stabilität und Sicherheit zwar noch ein weiter Teil des Weges beschritten werden muss, dass der Wiederaufbauprozess aber noch stärker ins Blickfeld genommen werden muss. Ich finde, dass gerade hier die Bundesregierung einen entscheidenden Schritt nach vorne gegangen ist und dass der Einsatz der Bundeswehr, wie er beispielsweise im Norden Afghanistans durchgeführt wird, ein Stück als beispielhaft bezeichnet werden kann.

ISAF hatte großen Anteil daran, dass Afghanistan in den letzten Jahren diese erfolgreiche politische Entwicklung – ich habe sie gerade aufgezeigt – genommen hat. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass wir dort, wo wir jetzt Aufgaben übernehmen – im Norden Afghanistans, in Masar-i-Scharif, wo wir das Camp aufbauen, in Faizabad, Kunduz und in Kabul –, Stabilität und Wiederaufbau zusammenführen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt der vernetzten Sicherheitspolitik.

Herr Kollege Stinner, ich muss darauf hinweisen, dass hier eine sehr gute Zusammenarbeit erfolgt. Wöchentlich findet eine Abstimmung statt, die vonseiten des Bundesaußenministeriums unter Beteiligung beispielsweise des Entwicklungsministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums durchgeführt wird, um genau diese Dinge fortzuentwickeln.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Habe ich angesprochen!)

Natürlich wissen wir, dass – ich formuliere es einmal wie folgt – die Aktivitäten, die wir in Afghanistan wahrnehmen, zunächst nicht von allen gutgeheißen wurden. Aber Tatsache ist, dass wir mittlerweile das Kommando

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

(A) im Norden haben. Unsere italienischen Freunde, die das Kommando im Westen haben, sehen diese Konzeption ebenfalls als richtig an. Im Süden haben die Kanadier und unsere englischen Freunde das Kommando, die das ebenfalls so sehen. Mittlerweile unterstützen auch unsere amerikanischen Freunde diesen Prozess, wobei, wie Sie wissen, vorgesehen ist, im September 2006 die vierte Stufe umzusetzen.

Der Kommandeur der US-Truppen in Afghanistan hat es so formuliert: Das effektivste Waffensystem, das wir haben, ist der wirtschaftliche Wiederaufbau. Das zeigt den richtigen Weg. Wir brauchen Stabilität. Wir brauchen aber auch Wiederaufbau, damit die Menschen die positive Entwicklung sehen, damit sie nicht das Gefühl haben, hier ist eine Besatzungsarmee. Sie müssen von diesem positiven Prozess überzeugt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sicherheit entsteht nicht allein durch Truppenpräsenz, sondern vor allem durch erlebbare Fortschritte beim Wiederaufbau. Deshalb ist der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig. Wir sollten ihn fortsetzen. Dieser Weg und damit unser Einsatz im Norden Afghanistans findet übrigens die breite Zustimmung der Bevölkerung. Dies ist auch ein Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten im Hinblick auf die Umsetzung ihrer nicht einfachen Aufgaben. Wir haben im Norden Afghanistans bereits mehr als 250 Projekte der zivil-militärischen Zusammenarbeit durchgeführt. Wir werden dem weiterhin Rechnung tragen.

(B) Dieser erweiterten Rolle, die wir seit dem vergangenen Jahr mit diesem Mandat wahrnehmen – die Umstrukturierung ist jetzt erfolgt –, wollen wir auch mit dem zukünftigen Mandat Rechnung tragen. Deshalb bitten wir um eine inhaltlich unveränderte Fortschreibung des Mandats mit einer Personalobergrenze von 3 000 Soldatinnen und Soldaten.

Ich betone auch im Hinblick auf die Diskussion der letzten Wochen noch einmal, dass unser **Aufgabenschwerpunkt** im Norden Afghanistans und in Kabul liegen wird. Zur Unterstützung des Gesamtauftrags können unabwendbare Notwendigkeiten entstehen, zum Beispiel Aufklärung, Führung, Transport oder Logistik. Wir haben die Obleute gerade über diese Maßnahmen informiert. Ich nehme das auf, Kollege Stinner, was Sie gesagt haben: Wir werden das weiterhin so machen. Denn ich bin der Auffassung, dass wir eine breite Unterstützung für die Aufgabe brauchen, die wir dort wahrnehmen.

Aber um es noch einmal klar zu sagen: Es gibt keine dauerhafte Verlegung der deutschen Truppen, sondern wir bleiben im Aufgabengebiet, im Norden Afghanistans und in Kabul. Das wird auch unser zukünftiger Auftrag sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir haben dort jetzt circa 2 800 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Weil sich die Sicherheitslage dort in

den letzten Monaten verschärft hat, habe ich, wie Sie wissen, angeordnet, dass wir dort nur noch mit **geschützten Fahrzeugen** fahren. Es sind jetzt ausreichend Fahrzeuge im Einsatz, um das zu ermöglichen. Aber damit hier keine falsche Vorstellung entsteht: Es ist natürlich weiterhin notwendig, dass die Soldatinnen und Soldaten auf Patrouille gehen, dass sie in den Ortschaften sind, dass sie Kontakt mit der Bevölkerung haben, dass sie dort Gespräche führen. Das ist mit Risiko verbunden. Deshalb ist es, wie ich finde, richtig, dass wir mit geschützten Fahrzeugen fahren. Aber es ist wichtig, die Bevölkerung von dem positiven Prozess zu überzeugen und positive Akzente zu setzen. Auch das wird unser Auftrag sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zudem haben wir die Aufklärung verstärkt, um zusätzlich für Sicherheit zu sorgen; denn der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten liegt uns besonders am Herzen.

Gerade vor dem Hintergrund dieser getroffenen Maßnahmen haben wir aus meiner Sicht zu Recht die Hoffnung, diesen Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozess positiv fortsetzen zu können. Was wäre die Alternative? Wenn wir diese Maßnahmen jetzt beenden würden, dann bestünde die Gefahr, dass das Land einen Rückfall auf den Stand von vor über fünf Jahren erleiden würde, als Afghanistan im Grunde genommen ein Ausbildungszentrum für den Terrorismus war.

Deshalb brauchen wir weiterhin diesen Auftrag, um Stabilität und Wiederaufbau gewährleisten zu können, im Sinne einer friedensstiftenden Mission dort, aber auch im Hinblick auf die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger; denn nur so können dort Gefahrenlagen und terroristische Situationen unmittelbar bekämpft werden, bevor sie unsere Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte darum, das so angelegte Mandat zu verlängern. Ich füge hinzu: Ich finde, unsere Soldatinnen und Soldaten leisten dort einen beispielhaften Einsatz. Es ist, wie ich gerade dargelegt habe, durchaus ein risikoreicher Einsatz. Aber wenn ich sehe, wie breit die Zustimmung der Bevölkerung ist und mit welchem Engagement die Soldatinnen und Soldaten ihren Auftrag ausführen, um Stabilität zu gewährleisten, aber auch Wiederaufbau zu ermöglichen, muss ich feststellen: Dies ist genau der richtige Weg. Deshalb bitte ich Sie um eine breite Unterstützung. Diese Unterstützung haben unsere Soldatinnen und Soldaten verdient.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Monika Knoche, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)